

# Nicaragua- Solidarität mit der demokratischen Opposition



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller\*in: Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt)  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Nicaragua: Solidarität mit den demokratischen Widerstandsbewegungen , Freiheit für politische
- 2 Gefangene, Aufbau eines neuen Regierungssystems...
- 3
- 4 Erwachsen aus Solidarität mit den Menschen Nicaraguas engagieren sich viele
- 5 Bürger\*innenbewegungen und Solidaritätskomitees in Deutschland - zum Beispiel in Kommunen
- 6 im
- 7 Rahmen ihrer Städtepartnerschaftenseit den 1980ern für den positiven Austausch miteinander.
- 8 Auch viele Mitglieder und Aktivist\*innen von B90/Grünen waren und sind Teil der breiten
- 9 Solidaritätsbewegung für Nicaragua. In den 80er Jahren verkörperte die sandinistische
- 10 Bewegung auch für viele in Deutschland die Hoffnung auf einen neuen Weg zu einer andern
- 11 Form
- 12 der Gesellschaftspolitik, auf einen gerechten Weg und ein Symbol einer Alternative zu den
- 13 eingefahrenen Wegen des doktrinären Sozialismus der Sowjetunion und zu der extremen Form
- 14 des
- 15 Kapitalismus in den USA. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, und Daniel Ortega
- 16 hat sich im Laufe der Jahre immer mehr zum autokratischen Despoten entwickelt.
- 17
- 18 Seit April 2018 protestieren große Teile der Bevölkerung Nicaraguas gegen die Regierung des
- 19 Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch
- 20 Vizepäsidentin ist.Die friedliche Revolte, die auch den zivilen Ungehorsampropagiert, wird
- 21 seither mit brutaler Gewaltbeantwortet, die kaum jemand für möglich gehalten hat.
- 22
- 23 Nach Angaben von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen mordet,
- 24 inhaftiert, foltert und terrorisiert der Staat dieMenschen NicaraguasDabei sind über 500
- 25 Menschen zum größten Teil von der Polizei und paramilitärischen Gruppen getötetund etwa
- 26 2000
- 27 weitere mitunter schwer verletzt worden. Hunderte von Oppositionellewurden ohne Haftbefehl
- 28 und ordnungsgemäßes Verfahren sowie unter systematischer Anwendung von Folter inhaftiert.
- 29 Viele Grundrechte wie die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das
- 30 Demonstrationsrecht sowie das Recht auf einen fairen Prozess wurden von der Regierung
- Ortega
- missachtet und faktisch außer Kraft gesetzt. Die Repression gegen die Zivilgesellschaft
- richtet sich vor allem gegen Menschenrechtsorganisationen, Journalistinnen und Journalisten,
- Studierende, NGOs und Repräsentantinnen und Repräsentanten der katholischen Kirche.
- Zahlreiche Ärzte und Ärztinnen und medizinisches Personal, die verwundete Demonstrierende
- behandelten, sowie Lehrerinnen und Lehrer, Akademikerinnen und Akademiker, LSBTTI und
- andere
- Angehörige des öffentlichen Dienstes, die an Demonstrationen teilnahmen, wur-den entlassen.
- Einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde die Rechtsgrundlage entzogen. Im

- 31 Dezember entzog das die Regierung willkürlich u.a. zwei führenden  
 32 Menschenrechtsorganisationen CENIDH und Hagamos Democracia den Rechtsstatus. Während  
 der  
 33 Demonstrationen schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-Medien. Der  
 34 Journalist Ángel Gahona wurde während einer Livesendung erschossen. Geschätzte 60.000  
 35 Menschen sind in das Nachbarland Costa Rica geflohen und leben dort unter prekären  
 36 Bedingungen. Hunderte von Oppositionellen leben seit Monaten im Untergrund.
- 37 Der Bericht von Amnesty International "Shoot to kill. Nicaragua's strategy to repress protest"  
 38 stellt illegale und willkürliche Verhaftungen und Tötungen fest und belegt schwere  
 39 Menschenrechtsverstöße. Meist unter dem Generalvorwurf des Terrorismus, ohne jegliche  
 40 Indizien, kommt es zu Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung  
 der  
 41 Verhafteten.
- 42 Der nationale Dialog wurde von der Regierung abgebrochen, und die Kirche, die eine wichtige  
 43 vermittelnde Rolle innehatte, wurde massiv unter Druck gesetzt. Sowohl die Vereinten  
 44 Nationen als auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rufen zur sofortigen  
 45 Wiederaufnahme des Dialogs auf, fordern eine unabhängige Untersuchung der Tötungen und  
 46 befürworten vorgezogene Neuwahlen. Der UN-Menschenrechtsbericht von August 2019 kritisiert  
 47 deutlich die zahlreichen politische Gefangenen und dokumentiert das autokratische Verhalten  
 48 der Regierung Ortega-Murillo.
- 49 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Nicaragua und empfinden es als unsere  
 50 Verantwortung darauf hinzuwirken, dass Deutschland die schweren  
 Menschenrechtsverletzungen  
 51 kommentiert und sich nach Möglichkeit an der Lösung des Konflikts beteiligt:
- 52 1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu verurteilen und  
 53 sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern stärker  
 für ein  
 54 sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen; über das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten  
 55 Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten in den  
 56 Nachbarländern zur Verfügung zu stellen; eine kohärente deutsche und  
 europäische  
 57 Lateinamerika-Politik im Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftsbereich zu  
 58 betreiben, zu deren Kernelementen Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte zählen;
  - 59 2. sich dafür einzusetzen, den rechtlichen Status der von einem Verbotseinsatz  
 60 betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell wiederherzustellen; sich  
 61 für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenen in Nicaragua  
 62 bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaftierter und politischer  
 Gefangener  
 63 einzusetzen; Gefängnisbesuche durch Vertreter der deutschen Botschaft und  
 ausländische  
 64 Mediziner
  - 65 3. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssperren von  
 führenden  
 66 Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für  
 67 Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind auszusprechen, auch um, nach

- 68 der  
Einführung von US-Sanktionen, eine Verlagerung von Finanzströmen und -mitteln  
69 von den  
USA nach Europa zu verhindern; Auf eine Sondersitzung des UN-  
70 Menschenrechtsausschusses  
71 in Genf hinzuwirken, mit der Forderung nach einer internationalen Untersuchung der  
Todesfälle, der Gleichschaltung der Staatsorgane sowie der Massenentlassungen  
72 von  
medizinischem Personal.
- 73 4. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung  
zivilgesellschaftlicher  
74 Partnerinnen und Partner zu konzentrieren und künftig wieder vermehrt  
75 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer zu finanzieren;

## Begründung

Bündnis90/Die Grünen sind eine Partei der Menschenrechte. Wir fühlen uns verpflichtet auch die Konflikte und Krisenherde zu thematisieren und die Menschenrechtler\*innen zu unterstützen die nicht im Fokus der öffentlichen deutschen Beobachtung stehen.

## weitere Antragsteller\*innen

Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Marlene Riedel (Frankfurt KV); Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Tina Zapf (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ingo Klose (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Hanna Ursula Thiele (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Nina Eisenhardt (KV Groß-Gerau); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Wolfgang Siefert (KV Frankfurt); Mirjam Luise Schmidt (KV Frankfurt); Dana Kube (KV Frankfurt); sowie 10 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.